

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonton:  
Gehr. Knoch, Dresden  
und Sächs. Staatspost

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: 30 Pf. einschließlich Bräutigam mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Weinbergstr. 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weinbergstr. 10,  
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Nonparelletze  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 221

Dresden, Dienstag den 22. September 1925

36. Jahrg.

## Heidelberger Ergebnisse

### II. Das neue Parteiprogramm

Die Zahlenmäßig trat die Opposition in Heidelberg in Er-  
klärung bei der Abstimmung über die Entschliebung von  
Sachsenten und Genossen. Diese Resolution fasste ungefähr  
dem Sinne nach das zusammen, was die Oppositionsredner  
in der Diskussion zum Vorstand- und Fraktionsbericht ge-  
fordert hatten: schärfere Kampfführung gegenüber den bürger-  
lichen Parteien und der bürgerlichen Gesellschaft, deren  
Volksmeinungsprediger über die Brautheit der sozialen  
Gegenstände und den unbeherrschten Egoismus der Be-  
sitzenden hinwegzusetzen suchen. Die Entschliebung wurde  
mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt; sie wäre dem Geiste  
und dem Wortlaut nach für den gesamten Parteitag annehmbar  
gewesen, aber es zeigte sich eben, wie sehr die gegen-  
wärtige Oppositionsführung der Sozialdemokratie die Span-  
nung innerhalb unserer Reihen vermindert hat.

Eine ganz andre Frontstellung ergab die Pro-  
grammdebatte. Der vor dem Parteitag von der Pro-  
grammkommission ausgearbeitete Entwurf war von einigen  
Genossen in Vorschlag und Vogen abgelehnt, von anderen als  
sehr verbesserungsbedürftig empfunden worden. Vom Parteitag  
wurde darum die Programmkommission durch die Ge-  
nosse Robert Schmidt, Paul Kampffmeier und Paul Lebi  
erweitert. Diese erweiterte Kommission hatte all die Vor-  
schläge zu prüfen und bei der Durchföhrung des Programms  
zu berücksichtigen, die im Laufe der Diskussion aufgetaucht  
waren. Einige Vorschläge konnten noch mit dem neuen Pro-  
gramm verbunden werden.

Vor allem enthält jetzt der theoretische Teil nicht nur  
die Definition des Klassenkampfes, sondern auch den  
Kampf. Im ganzen ist der theoretische Teil eine gewissen-  
hafte Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und der prak-  
tische Teil ein Aktionsprogramm, das in gewissen Zeit-  
räumen, den Ergebnissen der Entwicklung entsprechend, re-  
vidiert werden soll.

Der Entwurf trägt selber mancherlei Merkmale der Kom-  
promissarbeit. Verschiedene Sandfährten und verschiedene  
Temperamente sprechen aus ihm. In der Darstellung der  
politischen und sozialen Tendenzen der Gegenwart hält er  
sich an das wissenschaftlich Vertretbare und ist von ge-  
wissenhaft abwägender Genauigkeit. Das alles gestattet  
keinen stammenden Stil und hemmt den Fluß der Sprache.  
Darum wollte ein Teil der Kritiker das Programm schlag-  
kräftiger, schärfer, flüssiger formuliert wissen. Schade, daß  
aus diesen Reihen kein Gegenentwurf hervorbrang. Nur so  
hätte man Vergleichsmöglichkeiten gehabt. Man kann ge-  
wissh nicht heuliche Kritik politischer Tätigkeit mit dem Worte:  
„Reifer machen!“ abtun. Dort, wo politische Resultate aus  
dem Durcheinander und Gegeneinander von Gruppen, Men-  
schen und verschiedenen Kräften hervorleihen, kann auch  
wissenschaftliche Kritik den Gegenbeweis nicht antreten. Doch  
hier, wo es sich um eine individuelle wissenschaftliche  
und literarische Leistung handelt, konnte die Kritik  
einmal Kontext und zusammenhängend dastehen, was sie meinte.  
Sie antwortete hätte es sein können, wenn Wohl, der den ersten  
Entwurf mit Haut und Haaren verwarf und der als erster  
Erläuterer bekannt ist, bei dieser Gelegenheit einmal gezeigt hätte,  
wie man den wissenschaftlichen Sozialismus in werbestärkender  
Form bringt und das heutige Gesicht der kapitalisti-  
schen Gesellschaft schlagkräftiger darstellt, ohne von den La-  
täten abzuweichen! Hier war eine Gelegenheit, nicht nur  
früher, sondern auch schöpferisches Göttern zu beweisen.  
Schade, wie gesagt, daß die Gelegenheit nicht genutzt wurde.  
So stand nur ein Entwurf zur Wahl, und eine Veränderung  
in seinen Grundzügen war ebenso unwahrscheinlich, wie etwa  
eine Verögrößerung um ein Jahr. Darum mußte die Entschlie-  
bung für ihn mit erdrückender Mehrheit fallen. Nach Weis-  
sungen stimmten nur 6 Delegierte gegen ihn. Mag  
das aus an der unklaren Art der Abstimmung gelegen haben,  
so ist doch daran kein Zweifel, daß auch bei einem so for-  
malen Abstimmungsmodus, wie man das künftig auf unsern  
Parteitagen in allen Fällen wünschen möchte, der Entwurf  
mit erdrückender Mehrheit angenommen worden wäre, weil  
etwas Besseres nicht beigebracht wurde.

Das neue Programm soll ergänzt werden durch ein  
konkretes Sozialisierungs- und Agrar-  
programm. Soffentlich sehen wir eine entsprechende  
Zusammenfassungskommission bald am Werke, denn es wird  
für Partei gut tun, wenn sie sich so bald als möglich eine  
noch näher hin fassbar klare, möglichst einheitliche Stellung-  
nahme zu den verschiedenen Problemen der Wirtschaft ge-  
lassen kann. Wir fordern Sozialisierung in den für unsre  
Wirtschaft möglichen Formen, aber bis heute hat die Partei  
wenig getan, um klare Vorstellungen von den Wegen zur  
Sozialisierung zu schaffen. Wo für uns der Gilden-  
sozialismus kein Recht hat, wo das Genossen-  
schaftsweien, wo staatskapitalistische Ueber-  
gänge zu schaffen wären, ob, unter welchen Umständen  
auf welchen sozialen Planwirtschaft denkbar ist,  
das alles alles geknacktermaßen vorbereiten und durchzuführen  
wäre — über all diese Fragen liegt für uns der Schleier  
des Unwissens; sie sind in unserer Agitation schlechthin ein  
blinder Fleck. Wir sprechen von Evolution, aber  
wir wissen nicht, was wir in den Sozialismus vorbereiten,  
wie wir uns wirtschaftlichen Gebiete zu fördern wäre,  
wofür wir haben wir Arbeit zu schaffen. Möge jene  
Kommission des Sozialisierungs- und Agrarprogramms

dazu helfen, daß die Partei in diesen Kernfragen der  
Politik künftig bahnbrechend auftreten kann.

Genosse Kösting prägte in der Programmdebatte  
gegen Levi das Wort, der nüchterne Arbeitsföhrer, mit dem  
wir uns Wert geben, sei revolutionärer als die rote Loga,  
die wir ebedem trugen. Es wäre gegen dieses Bild nichts  
einzuwenden, wenn man der Partei nachsagen könnte, daß  
sie die rote Loga zu oft aus dem Kleiderkasten langte.  
Wenn wir uns jedoch zum „nüchternen Arbeitsföhrer“ auch  
in unserer politischen Tätigkeit bekennen, dann soll er wenig-  
stens verbunden sein mit zielbewußtem Denken und Hand-  
eln. Gerade wer von der revolutionären Seite wenig hält,  
der sollte darauf drängen, daß der sogenannte  
evolutionäre Weg zur sozialistischen Gesellschaft um so  
gründlicher untersucht und von Hindernissen gereinigt wird.

### III. Die Entschliebung zum Sachsentonflikt

Der Parteitag legte auch zur Lösung des Sachsenton-  
flikts eine Kommission ein, deren Beschluß unsern Lesern im  
Bericht bereits mitgeteilt wurde. Der Beschluß wird viele in  
unsern Reihen nicht befriedigen. Es wird darin zwar die  
baldige Reinigung der durch eine jüdische Koalitionspolitik  
verdorbenen politischen Atmosphäre Sachsens in Aussicht ge-  
stellt, aber gleichzeitig wird das Eingreifen des Parteivorstan-  
des gebilligt und das Verbot der Dreimundzwanziger nicht  
deutlich genug verhängt. Die Art, wie der Parteivorstand im  
Anfang und im weiteren Verlauf des Konflikts eingriff, rief  
nicht nur den Protest der jüdischen Sozialdemokratie hervor,  
sondern wurde auch von einer Reihe nichtjüdischer Partei-  
blätter für falsch erklärt. Der Parteivorstand mußte ja auch  
seine Stellungnahme revidieren, mußte selbst die Landtagsauf-  
lösung verlangen und auf die Mandatsvereinbarungen ver-  
zichten. Und gegen die 23 hatten die jüdischen Organi-  
sationen Antragsanträge angenommen; eine Frage, in der  
das dauernde Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse verur-  
teilt wurde, war also das Mindeste, das von den jüdischen De-  
legierten verlangt werden mußte. In der Kommission war  
nach langer Aussprache, bei denen die Vertreter der Dreimund-  
zwanziger und die der Organisationen abwechselnd zu Worte  
kamen, die Meinung vorherrschend, daß „Fehler auf beiden

Seiten“ gemacht worden seien. Es handelte sich jedoch für die  
jüdischen Delegierten hier nicht um Fehler, sondern um  
Disziplinbrüche und Verstöße gegen Beschlüsse. Unter  
den jüdischen Parteitagdelegierten waren einige, die auf dem  
rechten Flügel der Partei stehen. Aber es war keiner  
darunter, der das Verhalten der Dreimundzwanziger nicht miß-  
billigt hätte. Für die jüdischen Delegierten gab es also keinen  
andern Ausweg, als gegen den Kommissionsbeschluß zu  
stimmen und in einer Erklärung die Gründe darzulegen und  
auszudrücken, daß die jüdischen Delegierten nichtsdesto-  
weniger sich mit allen Kräften bemühen werden, den Partei-  
tagsbeschluß sinngemäß zu erfüllen.

Es war selbstverständlich, daß der Parteitag für die  
Entschliebung kein mußte, nachdem sie in der Kommission  
einstimmig angenommen war. Nur einige wenige Dele-  
gierte aus dem Reiche stimmten mit den 51 jüdischen Dele-  
gierten dagegen. Es war auch zu verstehen, daß ein Teil  
des Parteitages die Erklärung der jüdischen Vertreter mit  
lärmender Entrüstung hinnahm. Die lange Erklärung  
wurde aufgesetzt als ein Versuch der Sachsen, den Parteitag  
zu überrumpeln und das Thema ohne Debatte noch  
einmal aufzurollen. Die Notwendigkeit des Vorgehens der  
jüdischen Delegierten konnte ja nur verstehen, wer sich vor  
Augen hielt, welche prinzipielle Bedeutung für uns der  
Streitfall und seine klare Darstellung hat — und wie viele  
aus dem Reiche haben ein klares Bild des Konflikts?  
Darum werden die Jörnenaussprüche der entrüsteten Partei-  
tagsmehrheit von uns nicht tragisch genommen, aber es  
wäre eine schönere Illustration gewesen, wenn diese Dele-  
gierten selbst ein Beispiel von Toleranz und Kamerad-  
schaftlichkeit gegeben hätten und ohne Störungen die  
Sachsen eine Erklärung abgeben und stimmen ließen, wie  
es uns eben das Gewissen und nicht irgendwelche Lust am  
Streit gebot.

Denn — und darauf kommt es uns sehr an — die  
Grundzüge, um die es im Sachsentonflikt ging und für  
die die erdrückende Mehrheit der jüdischen Partei-  
organisationen kämpfte, mußten von der Sachsenkommission  
und vom Parteitag unumwunden anerkannt  
werden. Der Berichterstatter der Sachsenkommission, der  
Hamburger Genosse Kost, sagte in seiner Rede nach dem  
Stenogramm über die Frage der Disziplin folgendes:

„Aber das darf niemals soweit gehen, daß  
Genossen in führenden Stellungen sich dauernd

## Der Kampf in der Reichsregierung

Amlich wird gemeldet: Das Reichskabinett trat  
am Montag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen,  
an der alle Reichsminister, mit Ausnahme des dienstlich ab-  
wesenden Reichswehrministers, teilnahmen. Ministerial-  
direktor Gaus erstattete ausführlichen Bericht über die  
Londoner Besprechungen, woran sich nach einem  
Referat des Reichsaussenministers eine Aussprache über die  
weiteren mit dem Sicherheitspakt im Zusammenhang  
stehenden Fragen anschloß. Die Beratungen des Kabinetts  
werden am Dienstag fortgesetzt werden. Die endgültige  
Entscheidung wird in einem unter Vorsitz des Reichs-  
präsidenten abzuhaltenden Kabinettsrat getroffen werden.

Diese nichtsagende Meldung erfährt eine gewisse Be-  
leuchtung durch die auf Wunsch des Reichskabinetts erfolgte  
Vertagung der für Mittwoch vorgesehenen Sitzung des  
Auswärtigen Ausschusses. Sie erfolgte, weil die  
Regierung sich nicht in der Lage sieht, bis Mittwoch eine Ent-  
scheidung über die zur Erörterung stehenden Fragen zu  
treffen. Der Termin, wann das voraussichtlich erwartet  
werden kann, ist von amtlicher Stelle nicht zu erfahren: es ist  
„unbestimmt“!

Die Vertagung des Auswärtigen Ausschusses bedeutet  
eine amtliche Bestätigung für die im Kabinett bestehenden  
schweren Meinungsverschiedenheiten, von  
deren Existenz die Regierung natürlich vorläufig amtlich  
nichts verlautbaren läßt, solange nicht die letzten Möglich-  
keiten einer Einigung erschöpft sind. Anmerken hofft man  
noch, bis Anfang der kommenden Woche durch Einwirkung  
auf die rebellierenden deutschnationalen Wähler und durch  
Rückfragen an Briand vorläufig in dem Sinne  
eine Klärung schaffen zu können, daß die mündlichen Aus-  
einanderbesprechungen mit den alliierten Ministern formell  
überhaupt einmal stattfinden. Hindenburg ist berufen, den  
Deutschnationalen das Los möglichst zu erleichtern. Unter  
seinem Vorsitz soll der „berühmte Beschluß“ zur  
Vertagung des Deutschen Reiches“ gefaßt werden. Ist das  
geschehen, dann beabsichtigt die deutschnationale Presse,  
unter dem Hinweis, daß selbst unser „Retter“, der gute  
Hindenburg, Verhandlungen für notwendig hält, beruhigend  
auf ihre irreföhrten Wähler einzuwirken. Aber die Traktat-  
tiker wissen sehr wohl, daß ihnen diesmal das Spiel nicht  
so leicht wird, deshalb suchen sie Zeit zu gewinnen. Aber  
die Irreföhrung steht offen, sie haben sie selbst gestellt. Wie  
sich auch die Deutschnationalen entscheiden mögen, — sie  
gehen in die Falle!

### Besprechungen mit den Parteiföhrern

D. Berlin, 22. September. (Fig. Draht.) Der Reichs-  
senator und der Außenminister waren vor dem endgültigen Ka-  
binettsrat auch Besprechungen mit den Parteiföhrern  
stiegen, was soll rasch geschehen, da man, wie die Volk- Zeitung

behauptet, schon am Donnerstag die Antwort nach Paris geben  
müßte. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei wird an  
des Treibens und Doppelspiels der Deutschnationalen ungeduldig.  
Er erläßt folgende Erklärung: „Die Deutsche Volkspartei hat das  
festste Vertrauen zu den leitenden Männern, daß sie unbedingt an  
der bisherigen Politik festhalten und zu deren Durchföhrung die  
Einladung der Westmächte annehmen.“ — Diese Erklärung  
soll Stresemann den Rücken steifen.

Die Volkliche Zeitung teilt mit: Die Schwierigkeiten im Reichs-  
kabinett gingen von den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern aus.  
Die Erörterung gilt dabei weniger der Frage, ob der Konferenz-  
einladung Folge zu leisten ist oder nicht, vielmehr gingen die Be-  
trachtungen dahin, die Vollmacht der Delegation an bestimmte  
Voraussetzungen zu knüpfen. — Hier wird bestätigt, daß die  
deutschnationalen Taktik dahin geht, nicht nein zu sagen, aber durch  
Binkelsäge, Vorbehalte und „Vorbedingungen“ die Verhandlungen  
zum Scheitern oder zur Anfruchtbarkeit zu treiben.

### Briand mahnt noch einmal zur Verständigung

P. Paris, 22. September. (Fig. Funkpruch.) Die der Re-  
gierung nahestehende Exc Nouvelle tritt am Dienstagmorgen  
in energischer Weise für den Sicherheitspakt ein. Die  
reaktionäre Presse, schreibt das Blatt, behauptet seit einigen Tagen,  
daß Briand jede Illusion bezüglich der deutschen Demokratie  
verloren habe und daß er ernstlich die Möglichkeit eines Krieges er-  
warte. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Briand  
habe bald nach Friedensschluß versucht, zu einem Ausgange mit  
Deutschland zu kommen, jedoch habe ihn daran der Nationale  
Block gehindert. Man habe sich dann in das Aufwachen ge-  
stürzt und auf diese Weise in Deutschland eine Wühlstimmung und  
eine Angst entlocken lassen und das deutsche Empfinden  
schwer verletzt. Heute bestünde zwischen Frankreich und  
Deutschland nur noch ein Mißverständnis. Nichtsdestoweniger sei  
es erforderlich, daß der Paktvertrag abgeschlossen werde. In späteren  
Jahren werde niemand verstehen, daß die zwei großen Völkern ein  
derartiges diplomatisches Verfehlspiel getrieben hätten und dies in  
einem Augenblick, wo von einer Verständigung das Schicksal Europas  
abhängen habe.

### Für Schiedsverträge mit Prag und Warschau

R. Prag, 21. September. (Fig. Draht.) Die Meldung von  
der Vertagung der tschechoslowakischen Regierung, einen  
deutsch-tschechischen Schiedsgerichtsvertrag abzu-  
schließen, hat in der hiesigen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit  
erregt. Am Montagabend hat Cella Sova der Auffassung Aus-  
druck, daß Deutschland der Einladung des tschechischen Außen-  
ministers Folge leisten wird und auch Polen einen ähnlichen Schritt  
unternehmen dürfte, um das Sicherheits- und Friedensproblem in  
Europa einer endgültigen Lösung entgegenzuführen.

Nach einer Meldung der Volklichen Zeitung aus Warschau  
hat dort der Prager Schritt sehr überrascht. Wie das Blatt be-  
richtet, wird sich die polnische Regierung nicht dazu entschließen  
können, einen Korallempakt zu unterzeichnen, da das polnische  
Aussenministerium davon überzeugt sei, daß Polen im weiteren  
Verlaufe der Schiedsverhandlungen hinzugezogen werde.